

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Agrarausschuss**

22. Sitzung

am Donnerstag, dem 1. März 2001, 10:00 Uhr  
im Sitzungszimmer 136 des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Claus Hopp (CDU)

Vorsitzender

Hermann Benker (SPD)

Maren Kruse (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Helmut Plüschau (SPD)

Friedrich-Carl Wodarz (SPD)

Jürgen Feddersen (CDU)

Claus Ehlers (CDU)

Peter Jensen-Nissen (CDU)

Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Weitere Abgeordnete**

Wilhelm Malerius (SPD)

Klaus Klinckhamer (CDU)

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. a) Eckpunkte für einen besseren Verbraucherschutz und eine gesunde Nahrungsmittelproduktion als Konsequenz aus der BSE-Krise</b>	<b>4</b>
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/650	
Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/678	
<b>b) Entschließung zu den erforderlichen Maßnahmen aufgrund der BSE-Vorfälle</b>	
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/652	
Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/676	
Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/677	
<b>2. Gütezeichen „Hergestellt und geprüft in Schleswig- Holstein“</b>	<b>7</b>
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/653	
hierzu: Umdrucke 15/758 und 15/822	
<b>3. Bericht der Landesregierung über den Stand der MKS in Schleswig-Holstein sowie über den Stand der Entsorgung von Futtermittelresten in Schleswig-Holstein</b>	<b>9</b>
hierzu: Umdruck 15/858	
<b>4. Verschiedenes</b>	<b>12</b>

Der Vorsitzende, Abg. Claus Hopp, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird auf Bitten der Mehrheitsfraktion um einen Bericht zur Maul- und Klauenseuche sowie zum Stand der Entsorgung von Futtermittelresten in Schleswig-Holstein erweitert und in der vorstehenden Fassung gebilligt. Ferner bittet Friedrich-Carl Wodarz, die Punkte 1 und 2 der Tagesordnung in verbundener Beratung zu behandeln.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**a) Eckpunkte für einen besseren Verbraucherschutz und eine gesunde Nahrungsmittelproduktion als Konsequenz aus der BSE-Krise**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/650

Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 15/678

(überwiesen am 24. Januar 2001 an den **Agrarausschuss**, den Umweltausschuss und den Sozialausschuss)

**b) Entschließung zu den erforderlichen Maßnahmen aufgrund der BSE-Vorfälle**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/652

Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/676

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 15/677

(überwiesen am 24. Januar 2001 an den **Agrarausschuss**, den Umweltausschuss und den Sozialausschuss)

Abg. Friedrich-Carl Wodarz begründet die Bitte um verbundene Diskussion damit, dass Teile der Anträge der Opposition sich in den Anträgen der Mehrheitsfraktionen wieder fänden. Dies gelte zum Beispiel für die Punkte 4 und 7 aus dem F.D.P.-Antrag, Drucksache 15/678, betreffend einen besseren Verbraucherschutz, zu deren Übernahme man im eigenen Antrag, Drucksache 15/650, Eckpunkte für einen verbesserten Verbraucherschutz, bereit sei.

Des Weiteren finde man die Zielrichtung der Punkt 1 bis 4 aus dem Antrag der Fraktion der CDU zu den erforderlichen Maßnahmen aufgrund der BSE-Vorfälle ebenfalls im Antrag der Mehrheitsfraktionen, Drucksache 15/650, Eckpunkte für einen besseren Verbraucherschutz, formuliert. Damit gebe es eine inhaltliche Zustimmung seiner Fraktion zu diesen vier Punkten. Die übrigen Punkte des F.D.P.-Antrages betrachte seine Fraktion zum Teil als erledigt, zum Teil könnten sie von seiner Fraktion nicht mitgetragen werden. Ebenfalls ablehnen müsse man die zum Antrag Drucksache 15/652 gehörigen Änderungsanträge von CDU und F.D.P., die teilweise auch schon als erledigt zu betrachten seien und teilweise nicht mitgetragen werden könnten.

Von Abg. Rainer Steenblock kommt die Anregung, aus Absatz 8 des F.D.P.-Antrages, Drucksache 15/678, noch Satz 1 zu übernehmen. Dieser Satz enthalte eine Forderung, der seine Fraktion ohne weiteres zustimme. Nicht mittragen könne seine Fraktion zum gegenwärtigen Zeitpunkt allerdings die Festlegung konkreter Finanzierungsmodelle, wie sie in diesem Antrag gefordert werde. Das müsse späteren Haushaltsberatungen vorbehalten bleiben.

Abg. Dr. Christel Happach-Kasan begrüßt die Aussage der Mehrheitsfraktion, Teile des F.D.P.-Antrages übernehmen zu wollen und kündigt an, sich bei der Abstimmung der Stimme zu enthalten.

Abg. Claus Ehlers zeigt - wie er sagt - „im Interesse der betroffenen Landwirte“ Unverständnis über die Absicht der Landesregierung, die BSE-Krise als Anlass für eine Wende in der Agrarpolitik hochstilisieren zu wollen. Seine Fraktion stelle sich nicht gegen einen ökologischen Landbau, aber über die Chancen eines erhöhten prozentualen Anteils im ökologischen Landbau werde zum einen sicherlich die Nachfrage entscheiden; zum anderen befürchte er, dass die angestrebte Erhöhung auf 20 % ökologischer Landbau zu wirtschaftlichen Verwerfungen in den Betrieben führen werde. Das gelte im Grunde für den Gesamtbereich des neuen Bundesnaturschutzgesetzes. Die BSE-Krise selbst habe mit einer Wende in der Agrarpolitik nach seiner Meinung nichts zu tun. Zur Lösung dieser Krise fordere er nach wie vor das von seiner Fraktion im Antrag Drucksache 15/731 formulierte Soforthilfeprogramm für die Land- und Ernährungswirtschaft ein.

Im Mittelpunkt der weiteren Diskussion steht sodann die Diskussion um diese finanzielle Seite der Krisenbewältigung. Einmütigkeit besteht in der Auffassung, dass die Krisenbewältigung nicht nur für die Landwirtschaft, sondern für den ländlichen Raum insgesamt als nachgeordnetem Bereich von Bedeutung sei. Abg. Friedrich-Carl Wodarz tritt jedoch dem Versuch der Opposition entgegen, den Eindruck erwecken zu wollen, als ob die Landesregierung sich

in Sachen Krisenbewältigung nicht bewege. Seine Fraktion nehme die Ängste der Betroffenen außerordentlich ernst, auch wenn im Moment nicht über Zahlen geredet werde.

Abg. Peter Jensen-Nissen setzt sich dafür ein, vorrangig die Planungssicherheit für den ländlichen Raum zu garantieren. Dies könne nur mit Hilfe von Forderungen geschehen, wie sie im CDU-Antrag, Drucksache 15/731, dargestellt würden. Abg. Rainer Steenblock fordert dazu auf, angesichts der Tatsache, dass eine Wende in der Landwirtschaft auch ohne BSE-Krise unaufhaltbar sei, generell über neue Finanzierungsmodalitäten nachzudenken. Dies könne jedoch nicht nur im Agrarausschuss gesehen, sondern sei gleichermaßen auch Sache des Finanzausschusses und der Haushaltsberatungen. Diese Diskussion werde man somit bei den Haushaltsberatungen zu führen haben.

Beschluss:

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der F.D.P. empfiehlt der Ausschuss die Annahme des Antrages Drucksache 15/650 in der um die Nummern 4 und 7 sowie Nummer 8 Satz 1 aus der Drucksache 15/678 erweiterten Form.

Im Übrigen wird der F.D.P.-Antrag, Drucksache 15/678, gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Mit jeweils den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. werden die Anträge, Drucksachen 15/650, 15/676 und 15/677 abgelehnt.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Gütezeichen „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/653

hierzu: Umdrucke 15/758 und 15/822

(überwiesen am 24. Januar 2001 an den **Agrarausschuss**, den Umweltausschuss und den Sozialausschuss)

Der Abteilungsleiter der Gütezeichenabteilung der Landwirtschaftskammer, Peter Wiegner, stellt den Umdruck 15/822 vor. Er enthalte das inzwischen vom Qualitätsausschuss der Kammer verabschiedete Konzept für eine Neuausrichtung des Gütezeichens. Im Vergleich zum vorgelegten Entwurf in Umdruck 15/758 enthalte das neue Konzept nur marginale Änderungen.

Abg. Friedrich-Carl Wodarz geht davon aus, dass der mit dem Antrag der Fraktion der CDU geforderte Bericht der Landesregierung über die weitere Entwicklung des Gütezeichens in der Märztagung gegeben werden kann. Knackpunkt sei dabei allerdings die Frage der künftigen Finanzierung; denn ebenso wenig, wie man zur BSE-Problematik und zu der damit ange-dachten Wende in der Landwirtschaft schon zum gegenwärtigen Zeitpunkt neue Finanzierungskonzepte auf den Tisch legen könne, könne seine Fraktion dies für die Gütezeichenarbeit tun, weil die entsprechenden Rahmendaten noch nicht vorlägen und damit die Landesregierung ein schlüssiges Konzept auch noch nicht darstellen könne. Dass an solchen Überlegungen gearbeitet werde, sei für ihn eine Selbstverständlichkeit, und er gehe auch davon aus, dass nach Ausarbeitung eines solchen Finanzierungskonzeptes ein entsprechender Bericht erfolgen werde. Im Übrigen seien die Mittel für die Kammer noch nicht gekürzt und man werde heute auch noch nicht sagen können, ob die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehene Zurückführung weiter aufrechterhalten bleiben werde oder nicht. Er, Abg. Wodarz, habe bereits an anderer Stelle zu verstehen gegeben, dass das Gütezeichen „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“ erhalten bleiben solle. Darüber hinaus sage er auch ganz deutlich, dass seine Fraktion das neue Konzept genau überprüfen werde und sicherlich auch Gespräche mit der Kammer geführt werden müssten. Dabei sei davon auszugehen, dass man in der Landwirtschaft generell zu neuen Schwerpunkten werde kommen müssen, an denen das Gütezeichen dann auch gemessen werden müsse.

Der Vorsitzende, Abg. Claus Hopp, drängt darauf, endlich der Kammer die notwendigen Signale und damit Handlungs- und Planungssicherheit zu geben. Auch die Kammer brauche eine solche Planungssicherheit. Diese Meinung wird von Abg. Peter Jensen-Nissen geteilt, der daran festhält, dass die Kammer eine klare Aussage brauche, ob ihre Arbeit noch gewünscht sei.

Abg. Rainer Steenblock lenkt die Diskussion auf die anstehenden Überlegungen auf Bundesebene zur Einführung eines neuen bundesweiten Gütesiegels. Diese Überlegungen sollten seiner Auffassung nach Eingang in die Diskussion auf Landesebene finden. Selbstverständlich seien für ihn die regionalen Aspekte durchaus wichtig, und er gehe davon aus, dass die Problematik generell in der anstehenden Debatte in der Märztagung vertieft werde.

Abg. Dr. Christel Happach-Kasan fordert dazu auf, für das schleswig-holsteinische Gütezeichen als einem regional sehr bedeutenden Gütesiegel zu kämpfen. Ihr erscheine der regionale Bezug bei Gütesiegeln sehr wichtig. Deshalb sollte sich das Parlament auch finanziell für das schleswig-holsteinische Gütezeichen engagieren; denn erfahrungsgemäß seien in der Krise der Landwirtschaft überall da, wo ein gewisses Vertrauen durch bestimmte Gütezeichen aufgebaut worden sei, die Vermarktungsstrukturen besser erhalten geblieben als in anderen Regionen.

Abg. Lars Harms hält es für wichtig, bei dem zu gebenden Bericht der Landesregierung während der Märztagung auch Aussagen über die Absichten der Bundesregierung zu erhalten. Vor diesem Hintergrund könnte man dann versuchen, die Regionalität des eigenen Gütezeichens in die Verhandlungen mit dem Bund einzubringen.

Abg. Peter Jensen-Nissen erinnert an die fast 40-jährige Tradition des Gütezeichens „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“. Viele andere Bundesländer beneideten Schleswig-Holstein um dieses Gütesiegel. Er warne davor, dieses Gütesiegel durch lange sich hinziehende Diskussionen zu beschädigen.

Mit Hinweis auf die existierenden Haushaltsbeschlüsse, an die sich die Landesregierung zunächst zu halten habe, bittet Abg. Friedrich-Carl Wodarz um eine absatzweise Abstimmung über den Antrag Drucksache 15/653.

Absatz 1 wird mit der Änderung „in der Märztagung“ einstimmig angenommen. Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. wird Absatz 2 abgelehnt.



Punkt 3 der Tagesordnung:

**Bericht der Landesregierung über den Stand der MKS in Schleswig-Holstein sowie über den Stand der Entsorgung von Futtermittelresten in Schleswig-Holstein.**

hierzu: Umdruck 15/858

MDgt Hans Joachim Piper trägt eingangs vor, dass angesichts der außerordentlich dramatischen Situation in Großbritannien am Montag der nationale Krisenstab, bestehend aus den Staatssekretären der Länder sowie dem Bundes- und den Landesveterinären, in Bonn getagt habe. Anschließend habe Dr. Best dann am Dienstag in Brüssel an der fachlichen Beratung der Problematik mitgewirkt. Bei diesen Sitzungen seien umfangreiche Einschätzungen und Beschlüsse für das Bundesgebiet erarbeitet worden.

Referent Dr. Martin Heilemann schildert zunächst die - wie er es nennt - „Ereignisse“ in Großbritannien“. Bei dem Virus in Großbritannien handele es sich um einen neuen Typus, der bisher nur im ostasiatischen Raum festgestellt worden sei, insbesondere in Japan und Korea sowie teilweise in Indien. Dass er nun in Großbritannien aufgetreten sei, deute auf eine Lücke im europäischen Sicherheitssystem hin, das Europa als Staatenverbund nach außen gegenüber den Staaten der übrigen Welt aufgebaut habe. Vom ersten Verdachtsfall in Großbritannien an, der am 27.02.2001 festgestellt worden sei, habe sich die Seuche inzwischen rasant ausgebreitet und man zähle bereits 25 Fälle bis zum heutigen Tage.

Im Weiteren legt Referent Dr. Martin Heilemann die Maßnahmen dar, die in Schleswig-Holstein zur Prophylaxe eingeleitet worden seien (siehe Umdruck 15/858). Ein Anlass für die intensiven Tiertransporte insbesondere in England mit all ihren Folgen seien die traditionellen Schlachtungen zum muslimischen Neujahrsfest am 6. März gewesen. Mit Hilfe des Datenbanksystems Animo habe man versucht, die Wege dieser Tiertransporte zu ermitteln. Man habe herausgefunden, dass nach Schleswig-Holstein lediglich ein einziger Tiertransport aus Großbritannien in den Kreis Schleswig-Flensburg stattgefunden habe, und zwar bereits am 11. Januar 2001. Dort seien diese Tiere in Freilufhaltung gehalten worden. Trotz des erhöhten Gefährdungspotentials, das es durch eine Freilandhaltung gebe, habe man allerdings keinen klinischen Befund gehabt. Alle 31 Tiere seien serologisch beprobt worden. Im Übrigen seien nach Schleswig-Holstein aus keinem anderen europäischen Nachbarland, das Schafe aus Großbritannien bezogen habe, Tiere importiert worden. Da die Inkubationszeit zwischen sieben und maximal 21 Tagen liege, könne man im Grunde davon ausgehen, dass keine Infekti-

onsgefahr von diesen Tieren mehr ausgehen werde. Im Übrigen würden zurzeit keine weiteren Tierimporte stattfinden.

Was eine mögliche Impfung angehe, so habe man in der nationalen Impfdatenbank schon einen Stamm entwickelt, der eine Kreuzimmunität gegen den zurzeit grassierenden Virenstamm „PANASIA“ aufweise. Damit könnten notfalls Impfungen durchgeführt werden.

In der sich anschließenden Diskussion wird der strategische Einsatz von Impfmaßnahmen erörtert. Referent Dr. Martin Heilemann erklärt, dass in früheren Jahren prophylaktisch geimpft worden sei, dass man heute von einer solchen Prophylaxe aber Abschied genommen habe und lieber zur gezielten Impfung im Einzelfall tendiere, da eine Impfung zwar den Ausbruch der Krankheit verhindere, nicht aber die Tatsache, dass ein infiziertes Tier Virusträger bleibe. Deshalb müssten solche Populationen nach wie vor entfernt werden. Amerika beispielsweise weigere sich geimpfte Tiere zu importieren, weil nicht zu unterscheiden sei, ob es sich um geimpfte oder infizierte Tiere handele.

Auf eine entsprechende Nachfrage des Abg. Peter Jensen-Nissen teilt Referent Dr. Martin Heilemann mit, dass prophylaktische Impfungen auf nationaler Ebene zu entscheiden seien. Wie die EU auf eine solche Entscheidung reagieren würde, sei nicht vorauszusehen. Die Briten immerhin verzichteten bis heute auf Impfungen.

Referent Dr. Martin Heilemann legt sodann die weiteren Beschlüsse des nationalen Krisenstabes dar, die zur Einschränkung der Dynamik des Verbreitungsgeschehens beschlossen worden seien: Verbot von Tiertransporten und Tierauktionen, Schließung von Sammelstellen, Verbot von Tierschauen, Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Tötung von Schafen, die zum fraglichen Zeitpunkt aus Großbritannien importiert worden sind.

Darüber hinaus habe man, so fährt Referent Dr. Martin Heilemann fort, in einer Zusammenkunft des Lenkungsstabes - zusammengesetzt aus Vertretern der Tierärzteschaft, der Tierhalter, des Bauernverbandes, der Milchverarbeitenden Industrie sowie der DEHOGA - im MLR am Vortage darüber beraten, wie das Problembewusstsein über Multiplikatoren zu sensibilisieren sei und wie die eingeleiteten Maßnahmen zu unterstützen seien. Häufig werde kaum mehr die Symptomatik dieser Krankheit erkannt. Auch die Speiseresteverfütterung sei überdacht worden und es sei eine sorgfältige Desinfektion und Reinigung der eingesetzten Geräte angemahnt worden. Darüber hinaus werde darüber nachgedacht, die Verfütterung von Speiseresten in Zukunft zu verbieten und andere Entsorgungswege zu suchen. Außerdem sei mit den Amtstierärzten, der Polizei und dem Zoll ein Übereinkommen dahin getroffen worden, die Kontroll- und Sicherstellungsmaßnahmen zu intensivieren.

Abg. Friedrich-Carl Wodarz regt an, eine gezielte Informationskampagne bei allen Tierärzten im Lande anlaufen zu lassen. Referent Dr. Martin Heilemann teilt mit, dass der Bauernverband in dieser Sache schon aktiv geworden sei. Auch das MLR habe entsprechende Informationskampagnen mit der DEHOGA für die Entsorgung von Speiseresten begonnen.

Bezüglich der **Entsorgung von Futtermittelresten** legt sodann MDgt Hans Joachim Piper dar, dass sich die Bundesregierung in der Zwischenzeit bereit erklärt habe, die Kosten für die Entsorgung der Altfuttermittelbestände, deren Verfütterung seit Anfang Dezember verboten sei, zu übernehmen. Schleswig-Holstein habe sehr frühzeitig die organisatorischen Voraussetzungen für eine solche Entsorgung geschaffen. Am 22. Februar 2001 sei mit der Entsorgung begonnen worden. 12 Maschinenringe hätten dafür entsprechende Auffangkapazitäten zur Verfügung gestellt. Die Mengenschätzungen hätten sich bestätigt. Die Aktion laufe bis einschließlich 01-03-01. Dieses Zeitfenster sei aus Sicherheitsgründen gegenüber den Entsorgern festgelegt worden. Es handele sich um rund 80 % Milchaustauscher und um 20 % andere Futtermittel. Die Organisation habe sich bewährt und es gehe im Grunde nur noch um den finanziellen Ausgleich. Die Anlieferer müssten den Nachweis führen, wann sie das Futter gekauft hätten; Stichtag sei der 01-12-2000 gewesen. Was später angeliefert worden sei, sei nicht mehr erstattungsfähig auf der Grundlage der zurzeit laufenden Entsorgungskampagne. Der entsprechende Betrieb erhalte den Marktwert des Produktes erstattet; das Land trete mit Landesmitteln in Vorlage sowohl was die Organisationskosten als auch die Verbrennungskosten angehe.

Der Vorsitzende dankt für die ausführliche Information und übt aufgehängt an Pressemitteilungen über einen BSE-Fall bei einer Biokuh in Schleswig-Holstein Kritik an den übertriebenen Pressemeldungen beim Auftreten von Seuchenfällen. Solche hektischen voreiligen Mitteilungen schadeten den Betroffenen sehr.

Die Ausschussmitglieder erzielen Übereinstimmung dahin, dass eine vorzeitige Bekanntmachung solcher betroffener Höfe in der Presse kontraproduktiv sei. Sie einigen sich darauf, über den Bauernverband und auch selbst vor Ort auf die Kreisverwaltungen einzuwirken, nicht immer sofort an die Öffentlichkeit zu treten, wenn ein solcher Einzelfall auftauche, bei allen verständlichen „Darstellungsriten“ einzelner Kreisvertreter.

Punkt 4 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Der Vorsitzende, Abg. Claus Hopp, gibt zu überlegen, ob die Abgeordneten Maurus und Benker nicht wie im vergangenen Jahr zur internationalen Tourismuswoche nach Berlin als Vertreter des Ausschusses entsandt werden sollten. Einstimmig beschließt der Ausschuss die Entsendung der beiden Abgeordneten als Delegation des Agrarausschusses.

Der Vorsitzende, Abg. Claus Hopp, schließt die Sitzung um 12:00 Uhr.

gez. Claus Hopp

Vorsitzender

gez. Dr. Ursula Haab

Geschäfts- und Protokollführerin